Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,850.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 36 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 95. Donnerstag den 5. April 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Wiesenverpachtung.

Die in der Stadtflur gelegenen, der Stadtgemeinde und dem Johannishospitale gehörigen, pachtfrei gewordenen Wiesen:

1) Abtheil. 5 der **Rosenthalwiese** von einschließl. 188 □R. — 38.76 Ar Waldalleen 2 Acker 1 □R. — 1 Hektar 10.87 Ar,
2) „ 18 der **Ranstädter Viehweide** von 2 Acker 199 □R. — 1 Hektar 47.40 Ar,
3) „ 26 der **Ranstädter Viehweide** von 6 Acker 45 □R. — 3 Hektar 40.36 Ar,
4) **ein Theil** der **ehemal. Universitätswiese**, Parcelle Nr. 2585 des Flurbuchs, am Fußweg aus dem Johannapark nach den Scheibenholzanlagen von 4 Acker 125 □R. — 2 Hektar 44.47 Ar Flächengehalt,

sollen zur Gras-, Heu- und Grummetnutzung, **unter Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise**, auf die **neun Jahre 1883 bis mit 1891**

Sonnabend den 7. April d. J. von Vormittag 11 Uhr an

im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, II. Etage, an die **Meistbietenden** anderweit **verpachtet** werden.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen sowie die betr. Situationspläne liegen **in der Expedition unserer Oekonomie-Inspection** im Alten Johannishospitale, Hospitalstraße Nr. 2b, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 22. März 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Cervelli.

Holz-Auction.

Freitag, den 20. April dss. Jhrs.

sollen von den auf dem **Ehrenberger Walde** des Zwenkauer Forstreviers im **Kunitzsch, Forst und Hänicher Holz** aufbereiteten Hölzern

66 eichene Klötzer von 10—44 cm Oberstärke,
58 ellerne „ „ 10—26 „ „
68 ahorne „ „ 10—28 „ „
221 eschene „ „ 10—27 „ „
5 hainbuch. „ „ 17—25 „ „
15 aspene „ „ 11—23 „ „
15 weidene, erlene, birkene und kiefrene Klötzer von 15—24 cm Oberstärke,

} 2,—6 m Länge,

80 eschene Derbstangen von 8—12 cm Unterstärke,
14 Rmtr. harte Brennscheite,
24 „ „ Brennknüppel,
248 „ hartes Brennreisig und
130 harte Baughaufen

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den vor der Auction bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Versammlung Vormittag 9 Uhr im Forst, Abtheilung 68. Geldeinnahme im Gasthofe zu Gundorf.

Königl. Forstrentamt Wurzen und Königl. Revierverwaltung Zwenkau, am 2. April 1883.
Bachmann. Lomler.

Versteigerung.

Auf dem Hofe des kaiserlichen Postgebäudes am Augustusplatze hierselbst sollen

Freitag den 6. April. Vormittags 10 Uhr,

einige aus dem Abbruch gewonnene Flügelthüren, alte Oefenröhren und dergl., sowie mehrere Haufen Brennholz unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen und gegen sofortige Bezahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Leipzig, 3. April 1883.

Der kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Nichtamtlicher Theil.

Die Wiedereröffnung des Reichstages.

Nach einer Unterbrechung von 6½ Wochen ist der deutsche Reichstag am Dienstag wieder zusammengetreten. Mit einem Mißklang ist er auseinandergegangen, und unter Anzeichen, welche die Keime neuer Conflicte in sich bergen, ist er wiedergekommen. Am Tag vor der Schlußsitzung, am 15. Februar, wurden die geforderten Summen für die Einrichtung der Unteroffizierschule in Neubreisach und für die Cavalleriecaserne in Kassel und Hofgeismar definitiv gestrichen und in der letzten Sitzung wurde ein Beschluß dahin gefaßt, daß die Gewährung von Darlehen an die Erbauer von Postdienstgebäuden von der Genehmigung des Reichstages abhängig zu machen sei. In der Eröffnungssitzung vom 3. April erinnerte Richter daran, daß nach Ablauf von 80 Tagen für Dortmund noch kein neuer Wahltermin angesetzt sei und der socialdemokratische Abgeordnete v. Vollmar zeigte telegraphisch seine in Kiel erfolgte Verhaftung an. Ob die Stimmung der Erhöhung der Holzzölle günstig ist, läßt sich aus den bisher vorliegenden kurzen Mittheilungen zwar vermuthen, aber nicht mit Sicherheit bestimmen. Das ist das Vorspiel, die Hauptdebatten werden sich aber über das Militairpensionsgesetz beziehungsweise die Communalbesteuerung der Officiere und über die socialpolitischen Vorlagen entwickeln. Das ist der Stand der Reichstagsangelegenheiten, wenn wir die Reichstagssession als Ganzes ins Auge fassen. Was ist aber in der Zwischenzeit geschehen? Welche neuen Aussichten eröffnen die jüngst vollzogenen Veränderungen in Heer und Flotte?

Wir wissen heute, daß der Rücktritt des Kriegsministers von Kameke aus dem Grunde unvermeidlich war, weil seine Ansichten über tiefgehende militairische Fragen an maßgebender Stelle auf Widerspruch stießen. Es ist auch bereits angedeutet worden, daß Neuorganisationen in Aussicht stehen, welche beträchtliche Mehrkosten verursachen werden. In erster Linie handelt es sich um eine Vermehrung der Artillerie, in zweiter um Einführung des Repetirgewehrs an Stelle des Zündnadelgewehrs. Für die französische Armee ist diese Neuerung schon beschlossene Sache, also werden wir nicht zurückbleiben können. Um diese Forderungen dem Reichstage gegenüber mit vollem Nachdruck geltend machen zu können, bedurfte es eines schneidigen energischen Generals, welcher seine Erfolge mehr auf die Wucht des ersten Anpralls basiren will, als auf Unterhandlungen mit der Opposition. Das Debut des Ministers v. Bronsart im preußischen Abgeordnetenhause, als er das Hundesteuergesetz für die Regierung unannehmbar bezeichnete, falls nicht die Steuer für die Hunde der Officiere der Pensionscasse zufließe, ließ erkennen, welche parlamentarische Kampfesweise von diesem Minister zu erwarten ist.

Der zweite Personenwechsel betrifft die Marine. Auch von dem neuen Chef der Admiralität, Generallieutenant v. Caprivi, rühmt man vorzugsweise das feste Auftreten und die Strenge, welche er als Commandeur entfaltet. Wie es mit Mehrforderungen für die Marine steht, darüber verlautet vorläufig nichts Bestimmtes, nur so viel ist bereits in die Oeffentlichkeit gedrungen, daß für Torpedoboote und Küstenvertheidigungszwecke noch weitere Aufwendungen erforderlich sein werden. Mit diesen Steigerungen der Bedürfnisse für Heer und Flotte steht in Wechselbeziehung, was an Steuern aufzubringen ist und da nach der Auffassung des Reichsschatzsecretairs und des Reichskanzlers der Betrag, welcher aus den Reichssteuern erzielt wird, kaum für das bisherige Bedürfniß ausreicht, so ist die Heranziehung neuer Steuerobjecte unausbleiblich.

In dieser Beziehung ist von Interesse, was Professor Adolf Wagner neulich auf Einladung des wissenschaftlichen Clubs in Wien gesprochen hat. Die Ausgaben für Heereszwecke sind nach seiner Ansicht so unbedingt nothwendig, daß über deren Höhe eigentlich nur die Regierung zu bestimmen hat, die Mitwirkung der Volksvertretung ist hierbei eigentlich nur eine nichtssagende Form. Deshalb müssen nicht nur die indirecten, sondern auch die directen Steuern erhöht werden, weil beide gebraucht werden. Die Lösung der socialen Frage erblickt Herr Wagner in der Verstaatlichung des Verkehrs- und Versicherungs-, des Bank- und Creditwesens und auf dem Wege, welchen die socialpolitischen Vorlagen der deutschen Reichsregierung anbahnen. Herr Wagner hat seine Rede zwar in Wien gehalten, aber sie war wohl mehr auf Berlin und auf das deutsche Reich als auf Oesterreich berechnet. Es ist das eine ganz neue Art, für Mehrforderungen, welche der deutsche Reichstag bewilligen soll, vom Anfange der Stimmung zu machen, und allem Anscheine nach hat Prof. Wagner mit seinem ersten Versuch nicht viel Glück gehabt, wenigstens was den Effect anlangt.

Seit etwa acht Tagen durchschwirren Gerüchte über eine bevorstehende Auflösung des Reichstages die Luft, aber man weiß noch nicht recht, was für diese Maßregel als Ursache dienen soll, ob sie im Hinblick auf die geschehenen Abstriche am Budget eintreten soll oder wegen der noch zu erwartenden Ablehnungen. Sicher ist nur, daß die Regierung mit dem Reichstag nicht zufrieden sein kann, weil er eigentlich nichts von dem bewilligt hat, worauf die Reichsregierung Werth legte: weder das Tabakmonopol, noch die meistjährigen Budgetperioden, noch den deutschen Volkswirthschaftsrath. Nach solchen Proben läßt sich auch von der Zukunft nichts erwarten, besonders nicht, wenn etwa noch Nachforderungen für Heer und Flotte verlangt werden sollten.

Angesichts der gemachten Erfahrungen würde kaum etwas Anderes als die Auflösung und Neuwahl des Reichstages übrig bleiben, wenn man nicht etwa doch davon Abstand nähme, weil man von Neuwahlen keine Majorität, sondern nur noch eine Vermehrung der Opposition erwarten kann. Die mit den preußischen Landtagswahlen erzielten Ergebnisse können nicht wohl als Richtschnur genommen werden, denn seitdem ist die Stimmung schon wieder wesentlich anders geworden, wie die Stralsunder Wahl gezeigt hat. Mag man auch einwenden, daß dort locale Ursachen mitgewirkt haben, so dürfte doch die „Nordd. Allg. Ztg." Recht behalten, wenn sie glaubt, daß Neuwahlen unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen sehr scharfen Reichstag zusammenbringen würden. Immerhin ist es möglich, daß die Reichsregierung den Versuch macht, denn die bei einer solchen Maßregel in Betracht kommenden Factoren sind so zahlreich, es kommt dabei so viel darauf an, wie die Wahlagitation betrieben wird, daß eine Vorhersagung, die auf Zuverlässigkeit Anspruch machen könnte, nicht möglich erscheint.

Vorläufig betrachten wir das Gerücht von der Auflösung nur als Fühler, es soll die Wirkung beobachtet werden, welche die Nachricht auf die Wähler der verschiedenen Parteien ausübt. Eines scheint schon jetzt unumstößlich festzustehen, und das ist der Zerfall des conservativ-klerikalen Bündnisses. Bis jetzt hat die Coalition nothdürftig zusammengehalten, aber die Art, wie sich die Ultramontanen das Verhältniß von Leistung und Gegenleistung zurecht gelegt haben, kann doch weder die Bundesgenossen noch die Regierung befriedigt haben, zumal in neuester Zeit auch noch die Sympathien der Ultramontanen für die Polen in so überraschender Weise zum Ausdruck gekommen sind. Daran hat die Reichsregierung erkennen können, was sie von dieser Seite zu erwarten hat. Wenn sie den Vatican aus ihrer politischen Berechnung vollständig ausscheidet und sich allein auf die nationalen Elemente stützt, dann kann sie auch unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen eine Mehrheit im Reichstag zusammenbringen, aber auch nur dann.

Leipzig, 5. April 1883.

* Aus dem Reichstage wird uns vom Dienstag geschrieben: „Der Reichstag nahm heute seine Sitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stand die Holzzollvorlage, doch waren die Mittheilungen vor der Tagesordnung weit interessanter, als die Debatte selbst. Das Haus war nicht gerade schlecht besetzt, obgleich zahlreiche Urlaubsgesuche verlesen wurden. Neu eingetreten in das Haus war der soeben in Stralsund-Rügen gewählte Abg. Samm. Unter dem wiederholten Beifall machte Präsident von Levetzow die Mittheilung, daß von unseren Landsleuten in Nordamerika abermals zahlreiche Liebesgaben für die Rheinüberschwemmten eingesandt worden seien; des Weiteren verlas Herr von Levetzow eine ihm aus Kiel zugegangene Depesche, wonach der socialdemokratische Abg. von Vollmar daselbst, von Kopenhagen kommend, verhaftet und, obgleich er sich als Reichstagsmitglied legitimirt, nicht entlassen worden sei. Auf eine vor Schluß der Sitzung vom Abg. Rittinghausen gestellte Frage erklärte Herr von Levetzow, daß er, falls ihm nicht bis morgen amtliche Auskunft über die Ursache der Verhaftung geworden sei, telegraphisch Bericht einfordern werde. Der socialdemokratische Interpellant erklärte sich mit dieser Antwort befriedigt. — Abg. Richter-Hagen erinnerte daran, daß die Wahl des Abg. Lenzmann bereits am 13. Januar für ungiltig erklärt worden ist und obwohl bereits 80 Tage seitdem vergangen sind, noch kein Termin für eine Neuwahl anberaumt ist. Herr von Levetzow constatirte, daß dem Herrn Reichskanzler am 13. Januar, und unmittelbar nach erfolgter Beschlußfassung, die entsprechende Mittheilung gemacht worden ist. Die Debatte über den Holzzollentwurf machte keinen großartigen Eindruck. Als Commissarius der verbündeten Regierungen war Oberforstmeister Dr. Dankelmann, bekanntlich Director der Forstakademie zu Neustadt-Eberswalde, bemüht, die Vorlage zu begründen und gab im Ganzen nur einen Auszug aus seiner vor Kurzem veröffentlichten Broschüre „Die deutschen Nutzholzzölle" zum Besten. Die Rede war außerordentlich ruhig und sachlich gehalten, vermochte indessen, da der Inhalt bis zum Ueberdruß durch Leitartikel in der „Nordd. Allgemeinen Zeitung" bekannt gegeben worden war, nur wenig zu fesseln, und die Abgeordneten waren während der Rede mehr im Foyer, als im Saale. Am Schlusse wurde Herr Dankelmann allerdings durch ein ziemlich geräuschvolles Bravo der rechten Seite ausgezeichnet. Gegen die Vorlage nahm aus dem Hause zunächst der Abg. Oechelhäuser das Wort. Die Rede war zwar, wie von dem bedeutenden Manne nicht anders zu erwarten, vortrefflich, doch die Wirkung nicht sofort wahrnehmbar, da Herr Oechelhäuser von einer chronischen Heiserkeit in dem Grade geplagt ist, daß man nur in nächster Nähe seinen Worten zu folgen vermochte. Vom Centrum sprach darauf der Abg. Freiherr von Wendt, welcher alle Argumente des Regierungscommissars für durchschlagend erklärte und mit Eifer für den Holzzoll eintrat. Indessen ging aus der Rede nicht deutlich hervor, in wie weit Herr v. Wendt den Stimmungen seiner Parteigenossen Ausdruck giebt. Morgen wird die Debatte fortgesetzt. — Die Sitzungen sollen spätestens immer um 11 Uhr beginnen, damit die Session sich nicht bis in den Hochsommer ausdehnt. — Abg. v. Wendt beantragte die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern. Ob der Antrag zur Annahme gelangt, ist noch unentschieden. Unsere Freunde haben sich noch nicht definitiv schlüssig gemacht; ein Theil der Nationalliberalen plaidirt für Verweisung an eine Commission, der andere für Plenarberathung. Die Fortschrittspartei, Secessionisten und Volkspartei werden für Plenarberathung stimmen; für Commissionsberathung haben sich die beiden conservativen Fractionen und die Polen erklärt."

* Ob sich für die Vorlage über Erhöhung der Holzzölle eine Mehrheit im Reichstag finden wird, ist mit Sicherheit augenblicklich noch nicht vorauszusehen. Es wird davon abhängen, ob das Centrum mit seinen Annexen geschlossen für die Vorlage eintritt, und auch in diesem Fall wird die Entscheidung bei wenigen Stimmen und allerlei Zufälligkeiten ruhen, die ebensowohl für als gegen den vorgeschlagenen Zoll eine Mehrheit herbeiführen können. Daß die Zollerhöhung sehr ungenügend begründet ist, wird von Allen zugestanden, die nicht blindlings jedem Vorschlag der Regierung oder jedem Schutzzoll zuzustimmen pflegen. Es werden sich auch unter den Gegnern der Vorlage manche befinden, die sonst auf dem Boden der neueren Zollpolitik stehen und Angriffe gegen wesentliche Bestandtheile des Zolltarifs von 1879 nicht unterstützen würden. Sollte, was wir für wahrscheinlich halten, die Vorlage abgelehnt werden, so wäre damit eine freihändlerische Mehrheit im Reichstag nicht constatirt, wohl aber eine solche, welche weiteren Verschärfungen des herrschenden Zollsystems ohne die zwingendsten Gründe zuzustimmen nicht geneigt ist. In der Ablehnung der Vorlage würde für die Regierung die dringendste Mahnung liegen, ihrerseits die „ehrliche Probe" besser einzuhalten, als es in den letzten Jahren geschehen ist. Wenn die Zollfrage immer fortfährt, ihren aufregenden und verwirrenden Einfluß auf unser ganzes politisches Leben zu äußern und die Gesundung unserer Parteiverhältnisse zu verhindern, so trägt daran die Regierung einen großen Theil der Schuld, indem sie Jahr für Jahr zweifelhafte und schlechtbegründete Nachträge zu dem Zolltarif liefert, statt sich mit dem Erreichten zu begnügen und die Gemüther sich mit den einmal bestehenden Thatsachen aussöhnen zu lassen. Die Verbesserung über den Zolltarif von 1879, dem ja auch ehrliche Gegner nach verschiedenen Seiten eine wohlthätige Wirkung nicht mehr absprechen, würde ohne Zweifel viel weiter vorgeschritten und damit der neue Zolltarif gegen Anfechtungen fester begründet sein, wenn die Regierung nicht jedem Ruf vereinzelter Interessenten sofort Folge leisten und ihrerseits das Beispiel geben würde, fortwährend an den Zollsätzen zu rütteln. Gerade die Freunde der Zollreform von 1879 hätten alle Veranlassung, Ruhe zu halten.

* Man schreibt uns aus Berlin vom Dienstag: „Das Wahlergebniß im Kreise Franzburg-Rügen hat die conservativen Zeitungen der Reichshauptstadt in einen für den Unbetheiligten nicht wenig ergötzlichen Streit versetzt, der sich darum dreht, welchen Gründen die unerwartete Niederlage zuzuschreiben ist. Die „Kreuzzeitung" wird von der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg." in der heftigsten Weise angegriffen, weil sie jedes Interesse an dem Wahlergebniß verleugnet und das officiöse Blatt fragt mit vortrefflicher Ironie die hochconservative Collegin, ob es denn ernstlich glaubt, daß der Kreidegräber auf Rügen oder der Heringsfischer auf Zingst die feinen Subtilitäten zwischen Frei- und Deutschconservatismus verstehe, die selbst erfahrenen Parlamentariern nicht ganz klar sind. Die letztere Bemerkung ist besonders interessant und dürfte von dem Organ der freiconservativen Partei, der „Post", nicht unerwidert bleiben. Wir zweifeln jedoch, nach den heutigen Auslassungen dieser Zeitung nicht daran, daß sie diese Gemeinschaft mit den Deutschconservativen zurückweisen wird. Denn in einer heutigen Besprechung der Niederlage des Grafen Behr findet die „Post" einen Theil der Schuld dieses Ereignisses darin, daß die Freiconservativen sich zu viel von der Partei des Herrn von Minnigerode haben ins Schlepptau nehmen lassen und ermahnt ihre Gesinnungsgenossen in der Behandlung von Militair-, Wirthschafts- und Verfassungsfragen ohne Rücksicht auf die Nachbarn zur Rechten vorzugehen und volle Selbstständigkeit zu bewahren, da jedes Ueberschreiten der richtigen Linie nach der reaktionären Seite hin einen wirksamen Rückschlag nach der andern Seite die Wege ebnen müsse. Wie die „Post" in diesen Sätzen einer Emancipation ihrer Parteigenossen von hochconservativem Einfluß das Wort redet, so sieht man aus einer anderen Stelle ihrer Betrachtung, daß sie eine Annäherung an die Nationalliberalen erstrebt, die sie zu erreichen hofft, wenn sie sich entschiedener gegen die Deutschconservativen stellt. An dem unangenehmen Wahlergebniß will natürlich die „Post" auch die Freiconservativen nicht schuldig gesprochen wissen; es will es eben keiner gewesen sein. Der Wahlkreis Stralsund-Franzburg-Rügen soll stets unabhängig seine Wahlangelegenheiten besorgt haben und auch diesmal die Parteileitung damit unbehelligt gelassen haben. Die freiconservative Parteileitung wollte eigenthümlicherweise ebenso wenig, wie das deutschconservative Agitationscomité, unaufgefordert für die Wahl eines hervorragenden Parteigenossen eintreten. Das letztere erhält dafür von der officiösen „Nordd. Allg. Ztg." einen ordentlichen Rüffel, das kleinliche Fractionswesen wird getadelt, dessen scharfes Hervorkehren sowohl gegenüber der Regierung, wie verwandten politischen Parteien, den conservativen Interessen überhaupt verhängnißvoll werden müsse. Das ist eine unbestreitbare Wahrheit, und da man es nicht verschmähen soll selbst vom Feinde zu lernen, so wollen wir gewissen liberalen Männern diese Warnung der „Norddeutschen", auf liberale Verhältnisse angewandt, nahe führen. Sicherlich würde der Sache des Liberalismus mehr genützt sein, wenn in entscheidenden Momente das unbedeutende Fractionsinteresse zurücktreten würde, und dem gemeinsamen politischen Gegner gegenüber diejenigen geeint wären, die auf dem gemeinsamen Boden des Liberalismus stehen!"

* Die „Nat.-Ztg." schreibt: „Die von einer Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht, daß der Kronprinz den spanischen Orden des Goldenen Vließes erhalten habe, erledigt sich durch den Hinweis darauf, daß der Kronprinz schon seit zwanzig Jahren im Besitz dieses Ordens ist. Die Verleihung des Ordens vom Goldenen Vließ an den König Ludwig von Bayern erklärt sich aus den neuen verwandtschaftlichen Beziehungen, die sich durch die Vermählung des Prinzen Arnulf mit der Prinzessin Maria della Paz knüpfen. Mit dem deutsch-spanischen Handelsvertrag hat jene Ordensangelegenheit absolut nichts zu schaffen. Indessen wird in deutschen Regierungskreisen die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß es zu einer Verständigung kommen werde. Man ist jetzt geneigt, den bisherigen Mißerfolg der Verhandlungen auf Mißverständnisse zurückzuführen, welche bei dem spanischen Finanzminister aus Mangel an genügender Aufklärung über die Sachlage unterliefen."

* Das vielfach verbreitete Gerücht, nach welchem die Regierung beabsichtige, die Militairpensionsnovelle zurückzuziehen, erweist sich nach guten Erkundigungen als unbegründet.

* Mit lebhaftem Bedauern wird es gewiß in allen Kreisen vernommen werden, daß der Staatsminister v. Bötticher seine Rückkunft nach Berlin abermals in Folge von Erkrankung, wenn auch glücklicher Weise leichterer Art, hinaus zu schieben sich genöthigt gefunden hat. Der Minister weilt zur Zeit in Neapel, wo er an einer leichten Drüsenentzündung erkrankt ist.

* Wie der Pariser „Intransigeant", Organ Rochefort's, meldet, soll vom letzten Mittwoch bis Sonntag ein Congreß deutscher Socialdemokraten in Kopenhagen stattgefunden haben, woran sich etwa 70 Delegirte betheiligten. Man habe sich auf denselben gegen die wirthschaftlichen Palliativmittel des Reichskanzlers ausgesprochen, die Socialdemokraten hätten vorher ausgesprengt, sie würden in der Schweiz einen Congreß abhalten, um damit die deutsche Polizei irre zu führen. Die Verhaftung v. Vollmar's hängt offenbar mit der Theilnahme am Kopenhagener Congreß zusammen. Der „Kieler Zeitung" zufolge sind die Reichstagsabgeordneten v. Vollmar und Frohme übrigens wieder, nachdem sie in Kiel verhaftet worden waren, freigelassen worden.

* * *

* In Wien will die socialdemokratische Arbeiterbewegung trotz des jüngsten Processes Merstallinger, ja vielleicht gerade wegen der Niederlage, die in diesem Processe die Wiener Polizei erlitten, noch immer kein Ende nehmen. So fand in Wien am 2. d. abermals eine große socialdemokratische Versammlung statt, an der sich mehr als 3000 Personen, darunter auch viele Weiber, betheiligten. Hauptredner war der in dem Proceß Merstallinger freigesprochene Arbeiterführer Peukert, der an Intelligenz alle seine Wiener Genossen weit überragt und deshalb unter letzteren eines großen Rufes genießt. Peukert sprach in sehr heftiger Weise, weshalb ihn der anwesende Polizei-Commissarius mehrmals zur Mäßigung aufforderte. Nachdem diese Ermahnung fruchtlos blieb, verfügte der Polizeibeamte die Auflösung der Versammlung. Nun entstand in dem zum Erdrücken gefüllten Saale ein furchtbarer Tumult; drohende Haufen umringten mit geballten Fäusten und den Rufen: „Anreden lassen! Nieder mit der Polizei! Haut sie!" den Commissarius, und die wenigen Schutzleute, die vollständig rathlos und derb-stark eingeschüchtert wurden, daß der Polizeibeamte sich sogar die Erlaubniß zur Fortsetzung der Verhandlungen abtrotzen ließ. Man erdröhnte minutenlanges Beifallsgebrüll, vermischt mit höhnischen Rufen gegen die Polizei. Peukert schwang sich abermals auf die Rednerbühne und hielt seine Brandansprache zu Ende. Es wäre vielleicht dennoch zu groben Ausschreitungen gekommen, wenn der Werth der Locale, der mit den Arbeiterkreisen sympathisirt, die Anwesenden nicht im gütlichen Wege zum ruhigen Nachhausegehen bewogen hätte. Seitens des Wiener Polizei-Präsidiums soll bereits beschlossen worden sein, gegen die Urheber der Drohungen die Untersuchung einzuleiten.

* Aus Pest wird gemeldet, der ungarische Minister des Inneren habe an die Polizeibehörde die Weisung erlassen, ihren Beamten jede Mittheilung an Journal-Berichterstatter bezüglich des Ganges der Untersuchung im Majlath'schen Mordprocesse unter Androhung sofortiger Entlassung des betreffenden Beamten zu verbieten. Auf die Entdeckung der Mörder Majlath's hat die ungarische Regierung einen Preis von 1000 Gulden gesetzt.

* Der Krakauer „Czas", der die auch jüngst von uns gemeldeten ultrapolnischen Kundgebungen in Galizien beschwichtigend abzuschwächen versuchte und sich dabei auf den guten, österreichischen Patrioten hinauszuspielen, wird jetzt von der überwiegenden Mehrheit der galizisch-polnischen Presse, zumal dem „Kurjer", der „Reforma" und der „Gazeta Narodowa", sehr heftig angegriffen. Diese Blätter meinen, die Partei, d. h. die polnischen Ultramontanen und Feudalen, in deren Sold der „Czas" schreibt, wären stets das Unglück Polens gewesen, welches sich dieser Partei gründlich entledigen müsse. Der „Kurjer" schließt seine Polemik mit den Worten: „von einem bezahlten Preßmameluken (Hochefficiösen), wie es der „Czas" ist, wäre eine andere Auffassung der wirklich polnischen Frage auch gar nicht zu erwarten gewesen." — Jedenfalls scheint in diesem polnischen Zeitungskriege festzustehen, daß an der Aufrichtigkeit und politischen Richtung der galizischen Fortschrittler nicht zu zweifeln ist. — Aus Lemberg wird sonst noch gemeldet, daß die polnische Jesuitenpartei